



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die böhmische Frage : (aus Österreich.)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die böhmische Frage.

(Aus Osterreich.)



Während wir unverwandten Blickes und sorgenvoll das Gewölk am östlichen Himmel beobachteten, welches in stündlich wechselnder Gestalt uns doch immer zu bedrohen scheint, entlud sich plötzlich in nächster Nähe eine Gewitterwolke, die schon zu lange über uns gehangen hatte, um noch besondere Beunruhigung zu verursachen. Längst erwartet und nun wieder unerwartet traf die Nachricht von dem Austritte der deutschen Abgeordneten aus dem böhmischen Landtage ein. Die Tschechen hatten ein Recht, über den Beschluß zu erstaunen, denn es war nichts ungewöhnliches vorgefallen. Sie hatten, wie unzähligemale, ihre Stimmenmehrheit brutal gemißbraucht, von vornherein die Beratung eines Antrages abgelehnt, durch welchen eine Schutzwehr für das Deutschtum aufgeführt werden sollte: konnte etwas andres von ihnen erwartet werden? Ganz naiv sprachen sie in der ersten Überraschung aus, daß sie sich ja dazu herbeigelassen haben würden, den Antrag erst in der zweiten Lesung zu verwerfen, wenn die Deutschen rechtzeitig mit ihrem Austritt gedroht hätten. Auf mehr als ein formelles Zugeständnis zu rechnen, muß ihnen sonderbar vorkommen. Was der Antrag verhüten wollte, soll ja geschehen, die Deutschen sollen aus allen Gerichten und allen Verwaltungsstellen verdrängt werden, sie sind ja Fremde, die man nicht länger dulden will; Fremde ist noch die glimpflichste Bezeichnung für sie. Und gewiß haben auch die deutschen Abgeordneten kaum erwartet, daß die Mehrheit im Landtage ihren Antrag auf Zweiteilung des Oberlandesgerichtes und Abgrenzung nationaler Gerichts- und Verwaltungsbezirke unparteiisch prüfen und demnach, wenn auch nur teilweise, annehmen werde; aber dem reichen Hohn

Grenzboten I. 1887.

gegenüber, welcher als Echo der jungtschechischen Presse aus der Abweisung herausklang, riß ihnen endlich die Geduld.

Jedermann wird diese Empfindung begreifen. Ob der Austritt politisch richtig gewesen ist oder nicht, das kann erst die Zukunft lehren, und mit Exemplifikationen ist dabei wenig gethan, da in jedem derartigen Falle die Dinge verschieden liegen. Die Passivitätspolitik der württembergischen Liberalen im Jahre 1819 und der preussischen Demokraten im Jahre 1850 stellte sich nachträglich als ein Fehler heraus, den Magyaren und Tschechen hat die ihrige zum Siege verholfen. Aber gerade diese beiden Beispiele lehren, daß nicht von der Konsequenz der Streikenden allein, wie die „Kreuzzeitung“ anzunehmen scheint, der Erfolg abhängt. Eine entgegenkommende Haltung zu Anfang der fünfziger Jahre und zehn Jahre später eine thatkräftige Politik würde der österreichischen Regierung die vollständige Kapitulation von 1867 erspart haben, und was die Tschechen betrifft, so waren sie bereits müde, entschlossen, ohne Bedingung, ohne Vorbehalt, sich wieder an der politischen Arbeit zu beteiligen, als die Verfassungspartei in unerhörter Verblendung die Führung der Geschäfte selbst aus den Händen gab und den Grafen Taaffe förmlich zwang, sich auf die föderalistischen Parteien zu stützen. Andererseits ist zu bedenken, daß ohne die Tschechen Österreich regiert werden kann, ohne die Deutschen nicht, und daß die deutsch-böhmischen Abgeordneten sich in voller Übereinstimmung nicht allein mit ihren Wählern, sondern mit allen entschieden Deutschgesinnten im Reiche befinden. Die böhmische Frage ist die deutsche Frage in Österreich, ist mit einem Worte die österreichische Frage: wer könnte sich darüber täuschen? Böhmen ist nun einmal das prädestinirte Schlachtfeld, dort muß sich entscheiden, ob dem unholden Wahnwitz, der sich des Slaventums bemächtigt hat, zunächst die deutsche Ostmark zum Opfer werden soll oder nicht. Diese Überzeugung spricht auch aus den täglichen Kundgebungen deutscher Städte außerhalb Böhmens.

Wird aber der nationale Sinn der Bevölkerung die gesamte Linke des Reichsrates mit fortzureißen imstande sein? Deren Lage der Rechten gegenüber ist dieselbe, wie die ihrer Gesinnungsgenossen im böhmischen Landtage, und der Schritt der Letztern, darin müssen wir dem obengenannten Berliner Blatte durchaus beistimmen, wird eine volle Wirkung nicht erzielen, wenn er nicht den gleichen Schritt der Reichsratsminorität nach sich zieht. Jetzt ist im böhmischen Landtage noch immer die Mehrheit der Bevölkerung des Kronlandes vertreten; aber wenn im Reichsrat aus Böhmen und Mähren nur Tschechen, aus allen kerkendeutschen Ländern nur einige Alerikale saßen, wäre derselbe bei formeller Beschlussfähigkeit ein Rumpfparlament und könnte von niemand für etwas andres angesehen werden. Aber die permanenten Ministerlandidaten, welche ihre Ungeduld garnicht mehr verheimlichen, werden höchst wahrscheinlich alles aufbieten, um ein entschlossenes Auftreten zu verhindern, und ihnen wird die Scheu vieler „Deutsch-Österreicher,“ die erste Silbe dieses Parteienamens nach-

drücklich zu betonen, dabei zu statten kommen. Die Herren, welche eine Art Erbberechtigung auf die Regierungssitze zu haben meinen, fürchten offenbar das, was bei der herrschenden Verwirrung allein möglich und wünschenswert ist, die Berufung eines sogenannten Geschäftsministeriums. An geschäftskundigen Beamten von echter altösterreichischer Gesinnung fehlt es nicht, und recht zur Zeit kommt in Beusts Memoiren die Erzählung, daß er bei der Aktion gegen Hohenwart nur von einem Kollegen, von diesem aber aufs kräftigste unterstützt worden sei, keinem Parlamentarier, keinem Liberalen, sondern einem alten Finanzbeamten, Holzgethan, dessen fachmännische Bedenken gegen föderalistische Experimente ihren Eindruck nicht verfehlten.

Vor allem giebt es aus den böhmischen Wirren keinen andern Ausweg. Die tschechische Partei hat manche Ähnlichkeit mit der Zentrumsparthei in Deutschland. Für sie gelten Verfassung und Gesetze nur, insofern sie mit dem mystischen „böhmischen Staatsrecht“ in Einklang zu bringen sind, und sie ist aus den widersprechendsten Elementen zusammengesetzt: Junkern, Klerikalen, gemäßigten Nationalen und Radikalen; doch wird die Mischung noch etwas pikanter durch den Beisatz des Hussitentums. Das einst von dem Grafen Clam-Martinič verfaßte Programm der feudalistischen Partei, in welchem auch der rote landständische Frack seinen Platz hatte, war in dem „Verstärkten Reichsrat“ des Jahres 1860 durchgedrungen; als Schmerling es wieder beseitigte, etablirten die Herren sich als nationale Opposition im Landtag und im Reichsrate. Damals konnte man darüber spotten, daß die Sprachkenntnisse der tschechischen Tories gerade hinreichten, um bei der Abstimmung ano oder ne (ja, nein) zu sagen, seitdem haben sie oder ihre Nachfolger so viel dazu gelernt, daß sie sich „Martinic“ und „Svarcenberk“ schreiben können; aber was mehr ist, unter ihrer Agide ist mit Hilfe der liberalen Gesetze kräftig tschechisiert, und in ihren Händen ist das wilde Demagogentum zu einer bequemen Waffe geworden, mit der man im rechten Momente drohen, die man geeignetenfalls verleugnen kann. Die Bundesgenossen hassen einander gründlich, können sich aber gegenseitig nicht entbehren, und rechnen wohl darauf, nach dem Siege einer den andern um den Kampfpfeil zu pressen. Stünde nicht mehr auf dem Spiele, so wäre das günstigste, sie ungestört miteinander wirtschaften zu lassen, wo dann Feudale und Alttschechen wohl bald sich unter den Schutz der österreichischen Waffen begeben würden wie im Sommer 1848. Daß man aber mit der ganzen Gesellschaft fertig werden kann, ohne es zum äußersten kommen zu lassen, das hat General Koller bewiesen, der nicht so viel von Gleichberechtigung sprach und gleichzeitig im Sinne der Tschechen handelte, wie der jetzige Statthalter, sondern einfach Gesetz und Ordnung aufrecht erhielt nach allen Seiten. Wem jetzt die Aufgabe zufiele, der hätte allerdings einen viel schwierigern Stand, da der tschechische Übermut förmlich gezüchtet worden ist. Nun würde es ohne Züchtigung nicht abgehen, dafür hätten die Massen des Volksstammes, welche so lange Zeit mit

den Deutschen freundschaftlich zusammengelebt haben, sich bei den Schreibern und Hebern zu bedanken, die, wenn sie Ernst sähen, ohne Zweifel schnell bereit sein würden, nach alter Tradition der Polizei ihre Dienste anzubieten oder auf ihre Art germanisieren zu helfen.

So lange der Nationalitätenstreit in seiner jetzigen Gestalt nicht so oder so geschlichtet ist, befinden wir uns im Kriegszustande, das müßten endlich auch die Deutschösterreicher sich klar machen. Sie kämpfen um die Erhaltung des Staates Oesterreich, also dürfen sie auch nur dies eine Ziel vor Augen haben, nicht Bundesgenossen verschmähen, welche ihnen zu deutsch oder zu katholisch oder zu antisemitisch sind. Die Existenz steht auf dem Spiele, und da lassen sie sich verfeinden durch Fraktionspolitik, oder durch die Frage, ob die Schule konfessionell oder konfessionslos sein solle, ob es einen deutschen Schulverein mit oder ohne jüdische Mitglieder geben dürfe u. s. w. Nicht bloß Sagunt ist bedroht, und Rom deliberirt! Ein parlamentarisches Ministerium wird, die Ansicht hat sich ziemlich allgemein befestigt, der Schwierigkeiten nicht Herr werden, aber überhaupt keine Regierung, welcher das Parlament nicht aufrichtig Unterstützung leiht, ohne doktrinaire Haarspaltereien, Fraktionsrankünen und Portefeuillehunger zur Geltung kommen zu lassen.



Landwirtschaft und Bodenmonopol.

Von J. G. Weiß.



enn von der gesunkenen Rentabilität der Landwirtschaft die Rede ist, so hören wir neben andern Ursachen, auf die dieselbe zurückgeführt werden soll, nicht in letzter Linie die hohen Bodenpreise nennen. Die Bodenpreise, sagt man, stehen außer allem Verhältnis zu jedem vernünftigerweise aus dem Boden zu erwartenden Ertrage, und wenn man in eine Rentabilitätsberechnung den Boden mit seinem Kaufwerte einstellt und für diesen auch nur eine mäßige Verzinsung verlangt, so wird nicht nur für den Unternehmergewinn wenig oder nichts übrig bleiben, sondern es wird selbst der Lebensunterhalt des Wirtes nicht einmal gedeckt werden. Das heißt mit andern Worten, wie ein sehr interessanter Artikel in Nr. 36 ff. der Grenzboten 1886 („Die deutsche Landliga und ihre Bestrebungen“) ausführt: die zu hoch angelegte Grundrente drückt auf die Wirtschaft. Der angeführte Artikel sagt nun, man müsse derart rechnen, daß der Betrieb den angemessenen (dem standard of life entsprechenden) Lebensunterhalt des Wirtes als einen Teil der Produktionskosten zu liefern habe, und daß erst